

**Vorlage für die Sitzung der
städtischen Deputation für Inneres
am 16.08.2018**

Vorlage Nr.: 19/195

zu TOP 3 Teil C der Tagesordnung

Bericht zum Umsetzungsstand der alternierenden Telearbeit bei der Polizei Bremen

A. Problem

Die Polizei Bremen wurde im August 2016 gebeten, ein weiteres Pilotprojekt Telearbeit zu entwickeln. Dafür war im Haushalt 2016/17 das konsumtive IT-Budget Fachverfahren enthalten - im Rahmen der entsprechenden Prioritätensetzung der vorhandenen Mittel ist hieraus auch das Projekt Telearbeit zu bestreiten. Nach umfangreichen Klärungen und Planungen kann das Projekt nun beginnen.

B. Lösung

Das Projekt weist folgenden Sachstand auf:

- Alle konzeptionellen Vorbereitungen sind abgeschlossen.
- Die IT-Ausstattung ist beschafft.
- Die Einrichtung der Funktionen im Geschäftsverteilungsplan (GVP) ist erfolgt.
- Die Ausschreibung zur Antragstellung für die Mitarbeiter_innen ist erfolgt und endet am 14.08.2018.
- Bis zum 14.09.2018 soll die Auswahl auf Grundlage des zur Verfügung stehenden Stundenkontingents und der Auswahlkriterien sowie die Prüfung der Anträge und Arbeitsplätze durch die Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit / zentrale behördliche Datenschutzbeauftragte durchgeführt werden.
- Bis zum 28.09.2018 sollen die Zu- und Absagen erteilt und die erforderlichen Schulungsmaßnahmen durchgeführt werden.
- Die Arbeitsaufnahme soll zum 01.10.2018 erfolgen.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle oder personalwirtschaftliche Auswirkungen; Genderprüfung

Nach jetziger Einschätzung bewegen sich die finanziellen Auswirkungen im Rahmen des Haushaltsbudgets. Bisher wurden rd. 33.000 € für die Beschaffung von Software/Lizenzen und rd. 76.000 € für die Beschaffung von Hardware aus Haushaltsmitteln der Polizei Bremen aufgewendet.

Es wird davon ausgegangen, dass sich besonders Frauen, die häufiger als Männer in Teilzeit arbeiten, bewerben, um diese familienfreundliche Maßnahme zu nutzen und so ihre Arbeitszeit aufstocken zu können.

E. Beteiligung / Abstimmung

Entfällt.

F. Beschlussvorschlag

Die städtische Deputation für Inneres nimmt den Sachstandsbericht vom 01.08.2018 zur Kenntnis.